

Niederschrift

über die 12. öffentliche Sitzung des Finanzausschusses (6. Wahlperiode)
am **20.09.2016**

anwesend: (siehe X)

Unter dem Vorsitz von: Herr Michalski

Die Gemeindevertreter:

1. Karl-Heinz Olschewski	X
2. Bernhard Franke	X (ab 18.20 Uhr)
3. Jürgen Michalski	X

sachkundige Einwohner:

4. Günter Tiedemann	X
5. Bernd Jahn	X

Gäste:

Herr Behrens	-	Amtsitr. Finanzen
Herr Gardeja	-	Kurdirektor

Niederschrift der 12. Sitzung des Finanzausschusses vom 20.09.2016

Teilnehmer: siehe Anwesenheitsliste
Tagungsort: Sitzungsraum 117, Gemeindeverwaltung
Beginn: 16.00 Uhr
Ende: 18.10 Uhr

zu 1.

Herr Michalski begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Herr Franke wird ca. 15 Minuten später erscheinen.

zu 2.

Herr Michalski schlägt vor, die Punkte mit Herrn Gardeja bis zu seiner Anwesenheit zu verschieben. Die Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Abstimmung:
Ja-Stimmen: 4
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Tagesordnung:

öffentlicher Teil:

1. Feststellen der Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Bestätigung des Protokolls der letzten Sitzung
4. Einwohnerfragestunde
5. Beratung und Beschlussempfehlung zur Ausstellung einer Kreditkarte für den Eigenbetrieb Kurverwaltung Ostseebad Binz
6. Beratung und Beschlussempfehlung zum Nachtrag zum Wirtschaftsplan 2016 des Eigenbetriebes Kurverwaltung Ostseebad Binz
7. Beratung und Beschlussempfehlung zur Satzung über Ausgleichsbeiträge für nicht herzustellende Kraftfahrzeugstellplätze (Ablösesatzung)
8. Beratung und Beschlussempfehlung zur Nachtragshaushaltssatzung 2016 der Gemeinde Ostseebad Binz

nicht öffentlicher Teil:

9. Sonstiges

zu 3.

Herr Michalski weist darauf hin, dass er bei der letzten Sitzung nicht anwesend war. Das müsste auf der Anwesenheitsliste korrigiert werden.

Das Protokoll der Sitzung vom 31.05.2016 wird bestätigt.

Abstimmung:
Ja-Stimmen: 3
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 1

zu 4.

Keine Anfragen

zu 7.

Herr Michalski erläutert, dass die Satzung überarbeitet wurde.

Herr Behrens beantwortet zwei Fragen von Herrn Olschewski, welche im Vorfeld der Sitzung auftraten:

Die Gemeinde muss bei Zahlung einer Ablösesumme keinen konkreten Stellplatz vorhalten. Die Ablösebeträge werden ausschließlich in Parkflächen bzw. in damit zusammen hängende Projekte investiert.

Von den Parkflächen in Prora, welche für Strandbesucher zur Verfügung stehen, dürfen keine Flächen in Bewohnerparkplätze umgewandelt werden. Lt. städtebaulichem Vertrag sind 46 Plätze für Strandbesucher bereit zu stellen (hier ging es um Block II). Sollte zusätzlicher Bedarf bestehen und diese Flächen nicht bereitgestellt werden können, müssten ebenfalls Ausgleichsbeträge lt. Satzung gezahlt werden.

Herr Behrens hat im Bauamt erfragt, wer die Entscheidungen hinsichtlich der Ablösebeträge trifft. Der Ausschuss für Bau, Verkehr und Umwelt gibt eine Empfehlung an die Verwaltung.

Die Beschlussvorlage ist im Ausschuss Bau, Verkehr und Umwelt behandelt worden, so Herr Michalski. Fragen gab es zur Höhe der Berechnung.

Wie erfolgt die Kontrolle, dass die Ablösebeträge wirklich zweckgebunden verwendet werden?

Die Erfassung erfolgt auf einem separaten Konto, so Herr Behrens. Das Geld wird für Parkscheinautomaten, Bewirtschaftung von Parkflächen usw. verwendet.

Herr Gardeja erscheint zur Sitzung.

Die Mitglieder des Finanzausschusses empfehlen die Beschlussfassung zur Satzung der Gemeinde Ostseebad Binz über Ausgleichsbeträge für nicht herzustellende Kraftfahrzeugplätze (Ablösesatzung) durch die Gemeindevertretung.

Abstimmung:
Ja-Stimmen: 4
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

zu 5.

Herr Gardeja erläutert, dass es in der heutigen Zeit üblich ist, mit einer Kreditkarte zu zahlen und er bisher seine eigene verwendet hat. Mit der Rechtsaufsicht und der Deutschen Kreditbank gab es Gespräche, aus denen hervorging, dass sich mit Einführung einer Kreditkarte der Kassenkredit in Höhe der Deckung lt. Kreditkarte verringern würde. Die Handhabung erfolgt lt. Hauptsatzung und Richtlinie zur Verwendung der Karte. Der Nutzungsberechtigte zeichnet sachlich und rechnerisch richtig. Ferner wurde definiert, welche Folgen sich für die Buchhaltung/Controlling ergeben. Der PIN-Code wird quartalsmäßig geändert.

Herr Olschewski erkundigt sich nach dem berechtigten Personenkreis, hier steht: stellv. Kurdirektorin und Team-/Abteilungsleiter? Voraussetzung ist natürlich, dass die Nutzer die Hauptsatzung kennen.

Frau Lenz ist die stellv. Kurdirektorin, ansonsten erfolgt die Herausgabe der Kreditkarte nur auf Leitungsebene, so Herr Gardeja. Die Wertgrenzen finden sich auch in der allg. Dienst- und Geschäftsanweisung.

Der Finanzausschuss gibt seine Zustimmung zur Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung über die Einführung einer Geschäfts-Kreditkarte für den Eigenbetrieb Kurverwaltung der Gemeinde Ostseebad Binz zum nächstmöglichen Zeitpunkt und die entsprechende Regelung zur Verfahrensweise.

Abstimmung:
Ja-Stimmen: 4
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

zu 6.

Herr Michalski merkt an, dass ca. 50 % der Seiten des Nachtrages mit Nullen belegt sind, somit wirkt er sehr schnell unübersichtlich und papierverschwendend. Für Außenstehende ist der Nachtragshaushalt der Gemeindeverwaltung übersichtlicher. Vielleicht ist es möglich, bis zum Beschluss der Gemeindevertretung den Plan zu überarbeiten?

Herr Gardeja verweist darauf, dass seit der Umstellung auf DATEV kommunal nur darüber gearbeitet wird. Er stimmt zu, den Plan händisch zu überarbeiten.

Herr Franke erscheint zur Sitzung (18.20 Uhr).

Von den Ausschussmitgliedern wird die fehlende Seitennummerierung im hinteren Bereich kritisiert.

Herr Gardeja gibt einige Erläuterungen zum Nachtrag Wirtschaftsplan 2016:

- Bereich Leitung und Controlling: Erhöhung Einnahmen Kurabgabe, ca. 6,5 % mehr Gäste als im vergangenen Jahr
- Anstieg Mieteinnahmen aufgrund der Anmietung von Räumen in der Kurverwaltung durch die Tourismuszentrale Rügen
- Erhöhung im Instandhaltungs- und Reparaturbereich (Brücke am Schmachter See, Strandabgänge neben dem Kurplatz, Auflagen des STALU hinsichtlich der Düne am Kurplatz, Pflasterung der Wege im Kurpark)
- Sperrung des Spielplatzes am Kurpark durch den TÜV, weil nicht genügend Sand vorhanden war, deshalb Auffüllung von 35 Tonnen Spielsand
- Kfz-Leasingkosten erhöhen sich durch Aufnahme des Fahrzeuges des Kurdirektors
- Aufwendungen für Beschilderung am Schmachter See
- Mietaufwendungen 6.000 € für Infopavillon und WC (war eigentlich gekündigt, wurde aber durch die Gemeinde als Sondervermögen an die Kurverwaltung übertragen)
- Erhöhung Rechtsberatungskosten für Klageverfahren Entwidmung Strandpromenade
- Wegfall von Zuwendungen
- Aufwendungen für Mitgliedsbeiträge (Bäderverband)
- Reduzierung Aufwendungen für Strandreinigung (war ursprünglich in größerem Umfang für die Beseitigung von Seegrass vorgesehen)
- Neugestaltung der Touristinformation mit digitaler Informationsvermittlung und neuem Kassensystem
- notwendige Erhöhung der Gagen und Kosten für Werbung im Veranstaltungsbereich
- Ergänzung Angebote am Sportstrand (Yoga, Tai Chi)
- Winterevents und Kugelstoßen sind nicht mehr enthalten
- Reduzierung der Internetaufwendungen im Marketingbereich, weil das Hosting der Website nach Vertragskündigung selbst übernommen wird
- Messeteilnahmen geringer als geplant
- Mehrkosten durch Umzug der Bibliothek
- Instandhaltungskosten Seebrücke für neue Papierkörbe
- Technikbereich: sämtliche Drittverträge mit externen Unternehmen herausgenommen
- Umstrukturierung durch Stärkung des gärtnerischen Bereiches
- Leasingaufwendungen waren nicht vollständig erfasst
- Mehrkosten durch Anschaffung einheitlicher Müllbehälter im verlängerten Promenadenbereich und höheren Müllanfall am Strand – hierbei soll geprüft werden, inwieweit man die Kosten der Müllbehälter an den Strandkiosken auf die Betreiber umlegen kann
- Erhöhung der Aufwendungen für Aus- und Fortbildung (Kurverwaltung ist zertifiziertes touristisches Unternehmen, deshalb wurden 6 Mitarbeiter zu „Servicequalität-Deutschland-Coaches“ ausgebildet)
- erforderliche Nachschulung des Personals für die Bedienung von Krafffahrzeugen und Maschinen
- Mietkaufaufwendungen für die Halle in Prora in den Nachtrag aufgenommen

- Toilettenaufwendungen erhöhten sich drastisch (Bewirtschaftung mit Mitarbeitern, die nach Tarif des öff. Dienstes bezahlt werden und Aufstockung der Reinigungsfrequenz)
- Zu den Investitionen: Vorfinanzierungen einiger Maßnahmen mit Unterstützung der Gemeindeverwaltung (kurzfristige Liquiditätsunterstützung), z. B. für Verlängerung Strandpromenade
- Zuschüsse für die Toilettenanlage Seebrücke, Bänke auf der Seebrücke, Vorlaufkosten für Strandversorgung (Erweiterung B-Plan), Gewerbegrundstück alte Zollhalle in Prora usw.
- Stellenplan:
 - o zusätzlich 2 Auszubildende
 - o geringfügig Beschäftigte für die Kurkartenkontrolle aufgrund fehlender Automaten
 - o Stelle Social Media nicht besetzt
 - o Zeitanteil für Erhebungsgebiet Prora nicht enthalten
 - o Stelle für Neuausrichtung des Tourist- und Mediazentrums im Kleinbahnhof
 - o Wegfall 4 befristeter Stellen für die Reinigung, dafür im Bauhof Schaffung einer Ausbildungsstelle
 - o Einstellung von Personal für die Pflege der Außenanlagen aufgrund des Wegfalls der Drittverträge
 - o insgesamt ein Plus von 35.000 € für die Gestaltung des Ortes

Herr Jahn fragt nach den Formulierungen „Erträge der sozialen Sicherung“, „Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte“ und „privatrechtliche Leistungsentgelte“.

Es handelt sich um die Standardformulierungen der Doppik, die vom Gesetzgeber so vorgegeben sind, so Herr Behrens.

Herr Gardeja:

- öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte: Kurabgabe
- privatrechtliche Leistungsentgelte: Einnahmen außerhalb der bestehenden Satzungen, z. B. Erlöse aus Veranstaltungen, Sponsoring

Herr Jahn vermisst Gegenüberstellungen von ursprünglich geplanten und neuen Ansätzen, um die Sachverhalte besser nachvollziehen zu können.

Er erkundigt sich nach dem Stand bei den Kurkartenautomaten. Seit 2013 soll die Umsetzung erfolgen.

Im Haushalt 2017 sind die Tageskurkartenautomaten vorgesehen, auch im Nachtrag sind 10 Automaten enthalten (Leasing), so Herr Gardeja. Die Verständigung erfolgte letztendlich nicht auf die gängigen Parkautomaten, sondern auf das von der Arbeitsgruppe des Betriebsausschusses empfohlene System. Die Automaten befinden sich in der Lizenzierung, das dauert noch etwas. Als Standorte sind die Fundamente der ehemaligen Parkautomaten vorgesehen. Bis Oktober sollen die 10 Automaten aufgestellt werden. Außerdem kommen Handkontrollgeräte zum Einsatz, z. B. am Strand, die mit dem elektronischen Meldescheinwesen vernetzt sind.

Einnahmen aus der Tageskurkarte sind bisher nur über die klassischen Verkaufsstellen gelaufen. Im Busgruppengeschäft läuft es mittlerweile gut, dort werden die Kurkarten im Vorhinein zugeschickt.

Die WC-Anlagen werden künftig mit Einlasssystemen ausgestattet. Beim WC am Seebrückenvorplatz wird das erstmalig der Fall sein.

Herrn Jahn würde der Mietvertrag mit der Tourismuszentrale interessieren und er bittet darum, diesen einsehen zu können.

Herr Gardeja erklärt, dass die Tourismuszentrale 2 ½ Räume in der Kurverwaltung zum Preis von 1.253 € gemietet hat. Der Vertrag kann gern eingesehen werden.

Zu den Kfz-Leasingkosten für Herrn Gardejas PKW fragt Herr Jahn, wie das vorher war.

Vorher gab es einen weißen Opel, der später von Knut Schäfer an die TZR vermietet wurde, so Herr Gardeja. Der Opel stammte noch aus der Zeit von Herrn Graf.

Herr Jahn bittet um Informationen zum Wegfall des Winterevents.

Herr Gardeja erklärt, dass es sich um eine Position handelt, die inhaltlich nicht ausgekleidet war, z. B. Strandsaunen, Aktivformat, für die Monate Januar bis April. Da diese nicht konzeptionell ausgearbeitet wurden, fanden sie nicht statt. Der Wintermarkt ist nicht davon betroffen, er findet nach wie vor zwischen Weihnachten und Neujahr statt.

Herr Jahn fragt nach den Instandhaltungs-/Reparaturaufwendungen für den Kleinbahnhof/die Bibliothek in Höhe von 103.000 €. Im Haushaltsplan 2016 war das nicht enthalten und hätte deshalb durch die Gemeindevertretung beschlossen werden müssen?

Der Haushaltsplan ermächtigt die Verwaltung zum Handeln, so Herr Behrens. Nach Bestätigung des Haushalts-/Wirtschaftsplanes ist die Verwaltung ermächtigt, das Geld auszugeben.

Herr Michalski erklärt, dass bestimmte Reparaturen in den Plan eingestellt waren. Diese Summen wurden aber überschritten, was er bereits bei der Absprache zum Wirtschaftsplan im vergangenen Jahr ahnte. Daraufhin hatte Herr Gardeja geäußert, dass er die Mehrkosten in den Nachtragshaushalt einstellt. Dies ist nun geschehen.

Herr Gardeja verweist auf die Verschiebung der Geschäftsbereiche, welche mit dem Umzug der Bibliothek in den Kleinbahnhof einherging.

Herr Jahn spricht an, dass man Dinge vorher sanktionieren lassen sollte, um sie dann durchzuführen, nicht umgekehrt. Deshalb möchte er gern wissen, wie es im Hinblick auf die Bibliothek gelaufen ist.

Herr Gardeja erläutert die notwendigen umfangreichen Instandsetzungsarbeiten am Kleinbahnhof. Die einzelnen Wertegrenzen der Maßnahmen sind auf jeden Fall eingehalten worden. Die untere Rechtsaufsichtsbehörde sowie der Petitionsausschuss des Landtages haben die Angelegenheit geprüft und keine vergaberechtlichen oder andere Mängel festgestellt.

Herr Olschewski spricht die Verdopplung der Müllbehälteranzahl an den Strandabgängen an und meint, dass man sich hier etwas einfallen lassen müsse.

Die Kostenstelle Personalrat betrifft eine Person? Könnte man die Kostenstelle woanders mit unterbringen?

Hier sind 3 Personen eingegliedert, der Vorsitzende, Stellvertreter und eine Schriftführerin, so Herr Gardeja. Es handelt sich um 1 – 5 % auf die verfügbare Arbeitszeit. Der Personalrat muss unabhängig von der Administration sein. Es handelt sich um einen eigenen Kostenbereich für Materialien, Schulungen, Betriebsversammlung usw.

Herr Franke lobt Herrn Gardeja, „der unheimlich im Detail steckt“.

Warum ist der Landeszuschuss für die Promenadenverlängerung noch nicht eingegangen?

Herr Gardeja erörtert, dass die Promenade bis ca. 80 m vor dem Abgang 66 geplant war. Die Alternative war, das Biotop im rechten Winkel zu umkreuzen, um dann auf die Strandpromenade aufzuschließen. Bei einem Vorort-Termin waren sich Gemeinde- und Kurverwaltung darüber einig, dass es keinen Sinn macht, ½ Mio. für die Umfahrung eines Biotops zu investieren, wenn die Gesamtbaukosten bei ca. 800.000 € liegen. Nach Hinzuziehung der Fachbehörden ergab sich die Möglichkeit, die 80 m auf der Düne weiterführen zu können. Es sollten nicht zwei unterschiedliche Fördermaßnahmen werden,

man begann mit der Ausführung, was ein vorzeitiger Maßnahmenbeginn gewesen wäre. In Absprache mit dem Landesförderinstitut wurde das eigentlich abgeschlossene Projekt Strandpromenade um das 2. Los ergänzt (Fortführung der 80 m). Davor lagen andere Unstimmigkeiten, da finanzielle Mittel, die 2015 und 2016 abgerufen werden konnten, nicht abgerufen wurden. Ein Grund dafür ist Herr Gardeja nicht bekannt. Aus den Gewinnvorträgen und dem Kassenkredit erfolgten somit Zwischenfinanzierungen. Nun ist mit dem LFI besprochen worden, dass die Mittel im Paket abgerufen werden können. Die zusätzlichen 80 m wurden über die Mengenerhöhung abgebildet, somit konnte man in der gleichen Förderung bleiben. Die Einleitung der richtigen Schritte wurde seitens der Kurverwaltung versäumt. Nun wartet man jederzeit auf die Fördermittel, die bis zum 1. Quartal 2017 abgerufen werden müssen.

Den Hinweis von Herrn Tiedemann hinsichtlich der Vermüllung am Ortseingang an der Gartenanlage greift Herr Behrens auf und wird ihn an das Bauamt weiterleiten.

Der Finanzausschuss äußert die Bitte, den Nachtrag zum Wirtschaftsplan 2016 des Eigenbetriebes Kurverwaltung für die Gemeindevertretung übersichtlicher zu gestalten und befürwortet die Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung in der Sitzung am 20.10.2016.

Abstimmung:
Ja-Stimmen: 5
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

zu 8.

Herr Behrens gibt Informationen zum Nachtragshaushalt 2016 der Gemeinde Binz:
 Ergebnishaushalt:

- Jahresergebnis erhöht sich von 1.031.500 € um 1.074.400 € auf 2.105.900 €
- Erträge steigern sich von 10.018.200 € um 1.081.500 € auf 11.099.700 €
- Aufwendungen erhöhen sich von 8.986.700 € um 7.100 € auf 8.993.800 €
- Rücklagen werden nicht gebildet oder aufgelöst
- Haushaltsausgleich in der Ergebnisrechnung ist erreicht

Finanzhaushalt:

- gesamte Einzahlungen erhöhen sich von 10.394.700 € um 1.202.900 € auf 11.597.600 €
- gesamte Auszahlungen steigen von 9.960.400 € um 239.400 € auf 10.199.800 €
- Haushaltsausgleich in der Finanzrechnung ist erreicht
- voraussichtlicher Finanzmittelbestand am 31.12.2016 liegt bei 4,1 Mio. €

Sonstige Angaben zur Nachtragssatzung:

- Hebesätze und Stellenplan bleiben unverändert
- Kreditermächtigungen bleiben gleich bei 800.000 € (werden nicht benötigt, sind aber im Rahmen der Kommunalverfassung möglich)

Nicht berücksichtigt (weil nach Erstellung erst bekannt):

- Versteigerungsmehrerlös von 180.000 € aus dem Verkauf Südhang ergibt nochmals ein Plus von 180.000 € im Ergebnis- und Finanzhaushalt

Wesentliche Sachverhalte (über 100.000 € bzw. Abweichung der strategischen Planung):

1. Die Personalkosten haben sich um 103.400 € verringert. In der Planung wurde von einer Lohnerhöhung nach den Tarifverhandlungen um 3,0 % ausgegangen. Tatsächlich steigerte sich das Gehalt um 2,4 %.
2. Sanierung der Laufbahn im Stadion wird verschoben (- 155.000 €)
3. Kosten und Zuwendungen für die Machbarkeitsstudie Marina/Hafen 104.700 € (auf der Ausgaben- und der Einnahmenseite berücksichtigt +/-0)
4. Planungskosten für Parkplatz Klünderberg (+ 50.000 €)

Nach einer Begehung fiel die Entscheidung, an dieser Stelle kein Parkhaus zu bauen, sondern die vorhandene Fläche als Parkfläche herzurichten. 150 Plätze könnten auf einer Ebene entstehen.

5. Planungskosten für Parkhaus MZO (+ 23.500 €)
6. Die tendenziell gute Entwicklung im touristischen Bereich führt zu Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer (+ 1.000.000 €), aber auch die Gewerbesteuerumlage steigt um 72.800 €.
7. Die optimierte Abfrage der Steuerpflichtigen führt zu Mehreinnahmen bei der Zweitwohnungssteuer in Höhe von + 100.000 €.
8. Die Abschreibung auf das Eigenkapital der Kurverwaltung (- 16.700 € nicht realisierter Gewinn zuzüglich 102.000 € Verlustausweis) ergibt sich detailliert aus dem Nachtrag der Kurverwaltung.

Herr Franke begrüßt es, dass der Nachtragshaushalt als Faltblatt vorliegt.

Zum ehemals vorgesehenen Parkhaus am Klünderberg fragt Herr Franke, wann darüber gesprochen wurde.

Herr Michalski äußert, dass über die Beschleunigung der Entwicklung des Parkhauses auf dem MZO-Gelände gesprochen wurde.

Im Hinblick auf das ursprünglich geplante Parkhaus am Klünderberg sind Mehrkosten aufgrund der Ergebnisse der Bodenprüfung zu erwarten, die momentan schlecht einschätzbar sind. Der schnellste Weg, um am Klünderberg eine Parksituation zu schaffen, ist der Bau der Parkfläche.

Herr Behrens verweist auf die Einnahmen, die mit dem Parkplatz erzielt werden. Ob das Parkhaus kommt, wird man anhand des Bedarfs und des Verkehrskonzeptes sehen. Einige der bereits vorhandenen Parkplätze werden an der Stelle wegfallen, weil ein Teil des Geländes von der Biosphäre gepachtet ist und als Kompensations- und Ausgleichfläche zurückgegeben werden soll.

Herr Franke verweist darauf, dass das Parkhaus am Klünderberg vorrangig als Entlastung für den Ortskern vorgesehen war. Er bezweifelt, dass das Parkhaus am MZO-Gelände solche Einnahmen bringt wie am Klünderberg.

Vorerst geht es darum, dass die Planungskosten für den Parkplatz über den Nachtrag eingestellt werden, so Herr Michalski. Somit können erst einmal Parkplätze entstehen.

Herr Behrens fügt hinzu, dass die Parkflächen ausreichen werden. Der Parkplatz ist jetzt auch nicht ausgelastet, so dass es sinnvoll erscheint, dort nicht so viel Geld zu investieren und trotzdem Einnahmen zu erzielen. Das Parkhaus am MZO-Gelände ist strategisch wichtiger, weil dort im kommenden Jahr erhebliche Einnahmen wegfallen und ein Ausgleich geschaffen werden muss.

Herrn Franke stört es, dass der Finanzausschuss eine politische Entscheidung diskutieren soll.

In dem Sinne ist noch keine Entscheidung gefallen, so Herr Michalski. Es geht noch durch die Gremien.

Mit dem Nachtrag wird die Maßnahme auf den Weg gebracht, äußert Herr Behrens. Festgelegt wird sie dann im Haushaltsplan.

Herr Franke meint, dass er durchaus weitere Zahlen und Fakten bräuchte, wenn der Finanzausschuss hier versteckt eine solche Entscheidung treffen soll, zu der es keine politische Grundlage gibt. Wie hoch ist z. B. der Bedarf an Dauerparkplätzen?

Ca. 50 solcher Parkplätze könnten verpachtet werden, so Herr Behrens. Die Pacht wäre sogar niedriger als in einem Parkhaus, da die Kosten für den Bau geringer sind.

Herr Michalski weist darauf hin, dass man an beiden Ortseingängen Parkmöglichkeiten braucht und auf dem MZO-Gelände nur das Parkhaus möglich ist, weil die Fläche nichts anderes hergibt. Am Klünderberg könnte man modular je nach Bedarf in den Aufbau gehen.

Herr Behrens fasst abschließend zusammen, dass das Parkhaus am Klünderberg nicht „gestorben“ ist, sondern nur verschoben wird. Aufgrund des Verkaufs des MZO-Geländes ist es wichtiger, dort tätig zu werden. Der Verkauf des MZO-Geländes ist im Haushaltsplan 2017 verankert.

Herr Jahn erkundigt sich nach den Mehrkosten bei den Gemeindestraßen für die Korrektur Gefälle der vorhandenen Schmutzwasserleitungen in Höhe von 80.000 € in der Bahnhofstraße und 30.000 € in der Rabenstraße. War die Korrektur des Gefälles in der Planung nicht berücksichtigt?

Die Kosten waren bei der Planung nicht berücksichtigt, so Herr Behrens. Vermutlich zeigten sich die Probleme erst während des Baus der Straßen.

Herr Jahn fragt, wer das Verkehrskonzept erstellt.

Herr Behrens erklärt, dass es sich um die Firma Inros Lackner aus Rostock handelt.

Herr Jahn lobt die Übersichtlichkeit des Nachtragsplanes.

**Der Finanzausschuss gibt die Empfehlung zur Beschlussfassung der Nachtrags-
haushaltssatzung 2016 durch die Gemeindevertretung.**

Abstimmung: **Ja-Stimmen: 5**
 Nein-Stimmen: 0
 Enthaltungen: 0


Michalski
Ausschussvorsitzender


Lußky
Protokollantin